

18.04.2013

## Kleine Anfrage 1091

der Abgeordneten Dietmar Brockes und Henning Höne FDP

### **Zurückhalten von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten ab 2013 – Hat die Landesregierung eine einheitliche Position zum europäischen Emissionshandelssystem?**

Das 2005 geschaffene Emissionshandelssystem (EHS) ist ein europäischer Markt für Treibhausgasemissionen mit einer Obergrenze für Emissionen. Diese Obergrenze wird über einen längeren Zeitraum herabgesetzt, so dass die dem Handelssystem unterliegenden Unternehmen kontinuierlich weniger Emissionen ausstoßen dürfen. Im Vergleich zu 2005 sollen die Emissionen im Jahr 2020 um 21 Prozent gesenkt werden. Die Unternehmen erhalten oder kaufen die Emissionszertifikate von den Mitgliedsstaaten, dabei entspricht ein Zertifikat einer Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen. Aufgrund der festgelegten Gesamtmenge von Zertifikaten ist die Einhaltung der CO<sub>2</sub>-Minderungsziele unabhängig von Zertifikatpreisen gesichert.

Im Zuge der Wirtschaftskrise, aber auch aufgrund der Vorgaben der europäischen und nationalen Klimaschutz- und Energiepolitik (z.B. EEG) sind in den letzten Jahren weniger CO<sub>2</sub>-Zertifikate abgerufen worden, als ursprünglich vorgesehen. Dies führte zu einem Preiseinbruch auf dem Zertifikatemarkt. Die EU-Kommission plant nun, 900 Millionen Zertifikate später versteigern zu lassen als bisher beabsichtigt. Das sogenannte Backloading soll zu einer vorübergehenden Verknappung und damit zu Preissteigerungen führen.

Aus Sorge, dass ein solcher Eingriff das Vertrauen der Teilnehmer in den Markt schädigen könnte und eine Preiserhöhung die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie beeinträchtigen könnte und die Mehrkosten an private Haushalte weitergegeben werden müssten, hat das Plenum des Europäischen Parlaments am 16. April 2013 mit einer knappen Mehrheit den Kommissionsvorschlag abgelehnt. Der Vorschlag, die Versteigerung der Zertifikate zu verschieben, wurde zurück in den Umweltausschuss des Europaparlaments verwiesen.

Wie BILD vom 17. April 2013 berichtet, hat Wirtschaftsminister Duin in einem Brief vom 15. April 2013 an die nordrhein-westfälischen Mitglieder des Europäischen Parlaments für eine Ablehnung des Kommissionsvorschlags geworben.

Mit Blick auf den Erhalt der energieintensiven Industrie in NRW und der dazugehörigen Arbeitsplätze sei die von der Kommission vorgeschlagene künstliche Verknappung der Zertifi-

Datum des Originals: 17.04.2013/Ausgegeben: 18.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

kate ein unnötiger und gefährlicher Eingriff in einen funktionierenden Markt. Das derzeit bestehende Rechtsinstrument solle bis 2020 in dieser Form unverändert erhalten bleiben.

BILD vom 17. April 2013 berichtet ebenfalls, dass der grüne Amtskollege, Umweltminister Rimmel, mit einer an denselben Empfängerkreis gerichteten – bisher unveröffentlichten – „Pressemitteilung“ „Minister Rimmel: EU-Parlament muss Klimaschutz stärken“ für eine Zustimmung zum Backloading geworben hat. Nach Auffassung von Rimmel sei das Handelssystem dagegen reformbedürftig, da der Zertifikatmarkt wegen geringerer als erwarteter Preise nicht funktioniere.

Diese unterschiedlichen Äußerungen der Mitglieder der Landesregierung müssen verwundern. Zum einen liegt die Federführung innerhalb der Landesregierung für Fragen der europäischen Energie- und Klimaschutzpolitik bei beiden Ministern gemeinsam, so dass die Vertretung einer einheitlichen Position zu erwarten wäre. Zum anderen erklärten am 10. April 2013 sowohl Minister Duin gegenüber dem Wirtschaftsausschuss, als auch Minister Rimmel gegenüber dem Umweltausschuss, die Landesregierung habe eine gemeinsame Position was die Zukunft des Emissionshandels angeht.

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung eine einheitliche Position zum sog. Backloading von Emissionszertifikaten?
2. Wie lautet diese Position?
3. Seit wann hat die Landesregierung diese Position?
4. Sind die an die Europaabgeordneten gerichteten Bitten der Minister Duin und Rimmel, den Kommissionsvorschlag zum Backloading abzulehnen bzw. ihm zuzustimmen, mit dieser Position der Landesregierung vereinbar?
5. Aus welchen Gründen ist die als Pressemitteilung bezeichnete Mitteilung „Minister Rimmel: EU-Parlament muss Klimaschutz stärken“ bis zum Zeitpunkt der Frageeinreichung noch nicht veröffentlicht worden?

Dietmar Brockes  
Henning Höne